

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshausbuchhandlung 2 Mk. im Voraus, bei Zahlung durch die Post 2,10 Mk., bei Postbestellung 2,20 Mk. möglichste Abgabe. Die Reichshausbuchhandlung, Wilsdruff u. Umgegend, Wilsdruff, Wilsdruffer Straße 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Wilsdruff-Dresden, Sonnabend, 24. Oktober 1925. Nr. 249. — 84. Jahrgang. Fernspr. - Abt.: „Amtsblatt“

Nr. 249. — 84. Jahrgang. Fernspr. - Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, 24. Oktober 1925

Was sagt der Völkerbund?

Auf dem Balkan brennt es wieder einmal. Es brennt eigentlich dort immer seit dem unmöglichen Friedensschluß von Neuilly, der Bulgarien verstimmete und den seit jeher tobenden Nationalitätenkampf ganz zunungunsten Bulgariens entschied. Hinüber- und herüberzuziehen, wie es jetzt zwischen Bulgaren und Griechen geschah, ist an den Grenzen ständige Gewohnheit gewesen und ist es noch. Natürlich weiß man nie, wer angefangen hat. Und in der Regel hat die Folgen zu tragen immer nur der schwächere Staat. Denn selbstverständlich läßt sich die Gegenseite niemals schlüssig die blauen Bohnen um die Ohren saufen, sondern erwidert sofort, und im Ruß ist der kleine Grenzkrieg im Gange. Das ist im Balkan immer so gewesen und wird wahrscheinlich auch immer so bleiben, wenn dort unten nicht das Nationalitätenproblem in befriedigender Weise gelöst wird. Es ist aber unlösbar, da die Völkerverhältnisse durch einander wohnen; denn schließlich ist es ja auch keine Lösung, wie die ähnlich geartete Nationalitätenfrage in Kleinasien erledigt wurde, indem nämlich die Griechen bei ihrem Vormarsch in Kleinasien die türkische Bevölkerung einfach radikal totschlugen und die Türken nun auf ihrem Siegeszug das gleiche mit der griechischen Bevölkerung veranfaßten. Der Rest der übriggebliebenen und die gesamte griechische Bevölkerung in der europäischen Türkei, dazu große Teile aus Konstantinopel, wurden im Austausch gegen die Türken in Griechenland über die Grenzen geschickt, so daß sich namentlich in Griechenland infolge des Zustroms Hunderttausender, aber eines verhältnismäßig nur geringen Abstroms, geradezu furchterliche Zustände entwickelten. Auch dies ist eine der Völkerverwanderungen, wie sie die Unmöglichkeit der Friedensverträge nach dem Weltkrieg mehrfach veranlaßt hatten.

Bulgarien gegenüber riskiert natürlich Griechenland gar nichts, da der Vertrag von Neuilly dem geschlagenen Bulgarien nur ein ganz kleines Heer ließ. Und Griechenland hat die furchtbare Niederlage in Kleinasien innerlich noch längst nicht vergessen; das Militärregime, das zurzeit in Athen besteht, wollte billige Vorbereitungen, wollte dem tief verwundeten griechischen Nationalismus ein leicht erregbares Pflaster auf die Wunde legen. Infolgedessen sind die Griechen in Bulgarien einmarschiert und haben ein Ultimatum ganz kurz befristeter Art nach Sofia geschickt. Die Hauptsache dabei ist natürlich das Geld, wie überhaupt diese Völker an der Grenze Asiens in diesem Punkte keinerlei falsche Scham haben: für den erschöpften griechischen Hauptmann verlangt man eine Entschädigung von zwei Millionen Frank, Goldfrank natürlich. Weiter die übliche Entschädigung und die Bestrafung des schuldigen Offiziers. In Sofia erklärt man, daß es sich überhaupt gar nicht um reguläre Soldaten handelt, sondern um Banden, die sich Uniformen verschaffen. Das ist natürlich sehr leicht möglich; ersens besteht überhaupt kein großer Unterschied zwischen beiden Arten und zweitens ist das schon öfters passiert. Auf den bulgarischen Vorschlag, die ganze Sache erst einmal zu untersuchen, ist der Grieche gar nicht eingegangen, sondern hat seine Truppen eben ganz einfach auf Sofia in Marsch gesetzt. Allerdings hat man den Vormarsch sehr eingestrichelt, die griechischen Truppen stehen aber auf bulgarischem Gebiet und wollen weitermarschieren, wenn nach 48 Stunden das Ultimatum nicht befriedigend beantwortet ist. Dieser Einbruch in bulgarisches Gebiet ist natürlich eine scharfe Verletzung der Völkerbundsbestimmungen. Es handelt sich ja gar nicht etwa um einen „flüchtigen“ bulgarischen Angriff, der Griechenland zu einer sofortigen Verteidigung zwänge, sondern um eine der üblichen Grenzschieberereien, die, wenn sie von Griechenland wirklich tragisch genommen würde, doch unbedingt dem Völkerbundrat zur Entscheidung vorgelegt werden müßte. Aber Griechenland hat sich um diese Bestimmungen einfach nicht gekümmert, obwohl es Völkerbundmitglied ist, hat, ohne angegriffen zu sein, eine militärische Aktion unternommen. Was wird also der Völkerbund sagen?

Der wird wohl daselbe dazu sagen, was er in einem ähnlichen Falle gesagt hat, also damals, als Mussolini Korsika beschließen ließ, um einen politischen Druck auf Griechenland auszuüben. Nämlich gar nichts. Das hat Griechenland nicht vergessen und zögert nun nicht, ebenso ohne weiteres auf den Schwächeren einzuschlagen, ohne sich viel um Genuß zu kümmern. Wenn der Völkerbund, zu dem doch Griechenland auch gehört, aber nun wieder nichts sagt und nichts tut, dann ist das eine sehr ernsthafte Lehre. Die deutschen Grenzen sind so unmittelbar, daß sich besonders zwischen Deutschland und Polen leicht Grenzwiderstände ereignen können, natürlich ohne daß es gleich dabei zu Schieberereien kommen braucht. Wenn nicht einmal so feierlich beschworene Verträge wie der Völkerbundpakt gehalten werden, dann kann man den weit einfacheren Schiedsverfahren im Ernstfall noch weniger Kraft zutrauen. Freilich, der Völkerbund hat versagt, als sich Polen Litwa eroberte, als Litauen, dieser keine Staat, den Freistaat Memel besetzte. Was wird er also jetzt im gegenüber diesem griechischen Bruch der Völkerbundsbestimmungen?

Die Berliner Beratungen.

Schwere Bedenken.

Berlin, 22. Oktober.

Das Reichskabinett hat heute unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten die Besprechungen über das Ergebnis der Ministerzusammenkunft von Locarno zum Abschluß gebracht. Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister werden in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages die Stellungnahme der Reichsregierung vertreten.

Das Reichskabinett hat also nach diesem amtlichen Bericht noch nicht entschieden, endgültig zu dem Vertrage von Locarno seine Zustimmung zu geben, und wartet offenbar die Resultate der weiteren eben vor sich gehenden Erörterungen ab.

Im Auswärtigen Ausschuss.

Berlin, 22. Oktober.

Die heutige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages war stark besucht. Den Vorsitz führte Abgeordneter Dr. Hergt. Das Reichskabinett war vertreten durch Reichskanzler Dr. Luther sowie durch die Reichsminister Dr. Stresemann, Schiele, Brauns, von Schlieben, Graf Rautz, Neubaus und Frecken. Zunächst gab Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine ausführliche Darstellung der in Locarno erreichten Resultate. Die Diskussion wurde durch den Redner der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Graf Westarp, eröffnet. Am Eingang seiner Ausführungen verlas Graf Westarp die Fraktionserklärung seiner Partei. Für die Sozialdemokratie sprach Abg. Breitfeld.

Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses sind vertraulich; innerhin verläutet, daß Dr. Stresemann seine Ausführungen mehr als eine Berichterstattung im Namen der deutschen Delegation in Locarno abgestimmt habe, keinesfalls aber als Vertreter der Gesamtregierung aufgetreten wäre. Später unterbrach der Auswärtige Ausschuss seine Arbeit. Gegen Abend sollen die Beratungen fortgesetzt werden.

Entschließung der Deutschnationalen.

Der im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages verlesene Beschluss der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat folgenden Wortlaut:

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion vermahnt in dem Ergebnis der Verhandlungen von Locarno nicht die Erfüllung der Forderungen zu sehen, die den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht werden. Die Fraktion vermahnt außerdem die Erfüllung der Voraussetzungen für einen Vertragsabschluss sowie die Gegenleistungen der anderen beteiligten Mächte, die den Deutschland angenommenen Opfern entsprechen. Angesichts dieses Ergebnisses erklärt die Fraktion schon jetzt, daß sie keinem Vertrag zustimmen wird, der den deutschen Lebensnotwendigkeiten nicht gerecht wird und insbesondere einen Verzicht auf deutsches Land und Volk nicht einschließt.“

Man hört, daß in der deutschnationalen Reichstagsfraktion verschiedene Entwürfe einer Entschließung vorgelegen haben und daß die Aussprache einen sehr bewegten Verlauf genommen hat. An Stelle einiger vorliegender milderer Resolutionen wurde schließlich die obige schärfere Entschließung angenommen, die ja allerdings nicht jeden Weg zu einer Einigung verläßt.

Erörterungen mit den Westmächten.

Die gegen die Annahme des Vertrages von Locarno laut werdenden Bedenken konzentrieren sich wesentlich in der Bestürzung, daß bei den mehrfach betonten Versprechungen Deutschland bezüglich der erwarteten Rückwirkungen, also früherer Räumung der Rheinzone, Milderung des Besatzungsregimes usw., die Erfüllung auf sich warten lassen werde, da keine bestimmten Ab-

Einschreiten Englands und Frankreichs.

Rücktritt des griechischen Außenministers.

Der griechisch-bulgarische Konflikt hat infolge des Einschreitens des britischen und des französischen Gewandten eine leichte Entspannung erfahren. Beide Gewandten besuchten kurz vor der Übergabe des Ultimatums den stellvertretenden griechischen Außenminister Hadji-Teinos und konnten durch ihre Vorleistung eine Milderung der Note erreichen. Die griechische Regierung stimmte zu, daß das Ultimatum sich nicht auf 48 Stunden erstreckt. Die Antwort der bulgarischen Regierung wird nunmehr in „kurzer Zeit“ erwartet.

Der griechische Außenminister ist zurückgetreten. Der Rücktritt erfolgte in dem Augenblick, in dem wegen des griechisch-bulgarischen Zwischenfalles, der zum griechischen Ultimatum an Bulgarien führte, wichtige Entscheidungen getroffen werden mußten. Das Außenministerium hat der Griechischen Minister übernommen.

machungen vorliegen. Ob die Andeutung richtig ist, die Reichsregierung werde deshalb mit den am Vortag beteiligten Westmächten neue Erörterungen pflegen zur Herbeiführung bestimmter Zusagen vor Unterzeichnung des Vertrages, läßt sich nicht übersehen. Der Räumung der nördlichen Rheinlandzone soll eine Vereinbarung der schwebenden Entwaffnungsfrage vorgehen. In Locarno soll im wesentlichen das Verfahren bereits geregelt worden sein. Nach einer Verlautbarung soll die Reichsregierung eine Note an die Vorkonferenz vorbereiten, in der zur Frage der Abrüstung Stellung genommen wird. Entgegenkommen der Alliierten soll nicht ausgeschlossen sein.

Auch die in Berlin verabschiedeten Ministerpräsidenten der Länder gaben dem Wünsche Ausdruck, daß das Vertragswerk erst dann als endgültig abgeschlossen angesehen werden könne, wenn, insbesondere in den besetzten Gebieten, Maßnahmen erfolgten, die dem veränderten Geist des Friedens entsprechen und den berechtigten Erwartungen des deutschen Volkes Rechnung tragen.

Die deutsche Abrüstung.

Paris, 22. Oktober.

In halbamtlichen Veröffentlichungen wird betont, ein Termin für die Räumung des Rheins sei noch nicht festgestellt. Angeräumte Nachrichten aus Deutschland seien unrichtig. Erst wenn die Vorkonferenz von der deutschen Regierung dahin informiert sein wird, daß die verlangten Maßnahmen in der Entwaffnungsfrage durchgeführt sind, wobei Deutschland vermutlich einige Reserven machen werde, werde man den alliierten Regierungen entsprechende Vorschläge machen. Die Verständigung von Locarno werde natürlich die Angelegenheit erleichtern und die Räumung des Rheins werde um so schneller geräumt werden, je vollkommener Berlin die Entwaffnungsvoraussetzungen erfülle. Die Zone von Mainz bis Koblenz könnte gewisse Erleichterungen erfahren, wenn das Reich eine entsprechende Haltung einnehme.

Im Kriegsministerium fand im Zusammenhang mit der Räumung eine neue Beratung statt, an der außer Painlevé und Briand der Oberkommandant Tirard und der Oberbefehlshaber der Rheinarmee Guillaumont teilnahmen. Es wurde festgestellt, daß in einer gewissen Anzahl von Punkten, besonders in bezug auf die Beförderung von Kriegsmaterial und Maschinen, befriedigende Maßnahmen von der deutschen Regierung getroffen worden sind.

Der Abbau des Besatzungsregimes.

Berlin, 23. Oktober. Wie das „Berliner Tageblatt“

aus maßgebenden französischen Besatzungskreisen erfahren haben will, soll bei der Rheinlandskommission bereits über den Abbau des Besatzungsregimes eine Generalinstruktion aus Paris vorliegen, die in dem Augenblick wirksam wird, in dem der Vorkonferenzrat die entsprechende Entscheidung fällt. In militärischen Kreisen, besonders im Hauptquartier der Rheinarmee zu Mainz, machte sich ein lebhafter Widerstand gegen den geplanten Abbau bemerkbar.

Walwin über den Pakt von Locarno.

London, 23. Oktober. Der britische Premierminister

Walwin sagte gestern in seiner Rede in Colchester, daß er und seine Kollegen durch den Vertrag von Locarno möglicherweise zahlreiche glühende Befürworter des Friedensgedankens enttäuscht haben mögen. Locarno sei jedoch das erste konkrete Ergebnis nach allen Friedensgesprächen und Entschließungen seit dem Krieg. Er habe die volle Hoffnung, daß damit der Auftakt zum wahren Frieden gegeben sei, da die Ergebnisse von Locarno von Anfang bis zu Ende auf den Frieden abgestimmt seien.

Der deutsche Einspruch gegen Belgiens Ueberschreitung der Mandatsbefugnisse zurückgewiesen.

Genf, 23. Oktober. Die ständige Mandatskommission des

Völkerbundes hat Deutschlands Einspruch dagegen, daß Belgien die Mandatsgebiete von Ruanda und Urundi verwaltungsgemäß als Kolonialgebiet und nicht als Mandatsgebiet behandle, mit der Begründung verworfen, daß die Vorgehensweise vollkommen den Mandatsbedingungen entspreche.

Zusammentritt des Völkerbundes im Januar.

Eigener Fernspr. - Dienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Genf, 23. Oktober. In Völkerbundsreisen verläutet, daß möglicherweise Mitte Januar eine Sondertagung des Völkerbundes einberufen werde, um über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu beraten.